

Bern, 31.08.2017

Föderalismus und Wettbewerbsfähigkeit in der Schweiz

Medienkonferenz zur Veröffentlichung der Studie von Lars P. Feld und Christoph A. Schaltegger
Sprechnotiz Regierungsrat Benedikt Würth, Präsident KdK

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Studie von Lars P. Feld und Christoph A. Schaltegger bestätigt, was bereits aufgrund der bisherigen Föderalismusforschung zu vermuten war: Der föderale Staatsaufbau bringt der Schweiz ganz wesentliche wirtschaftliche Vorteile. Historisch von unten nach oben gewachsen zeichnet sich unser Bundesstaat durch eine hohe Eigenständigkeit seiner Gliedstaaten aus. Die ausgeprägte Aufgaben- und Finanzautonomie der Kantone und ihrer Gemeinden, die dadurch auch in einem gesunden Wettbewerb um das beste Leistungsangebot stehen, spielt dabei eine entscheidende Rolle. Selbstverständlich sind jedem wettbewerblichen Modell auch Schranken gesetzt: Dies wird über den Finanzausgleich und die formelle Steuerharmonisierung vorgenommen. Wettbewerb, Solidarität und Subsidiarität sind in einem föderalen Bundesstaat in einem Gleichgewicht.

Die Vorzüge des Föderalismus kommen erst dann voll zum Tragen, wenn die unteren staatlichen Ebenen auch tatsächlich über die nötigen Handlungsspielräume und über ausreichende Finanzierungsquellen und eigene Einnahmen verfügen, die ihnen eine selbstbestimmte Aufgabenerfüllung ermöglichen: Bürgernähe, bedürfnisgerechte und an die regionalen Gegebenheiten angepasste öffentliche Leistungen, Innovation und Effizienz durch Wettbewerb sowie weitreichende Gestaltungs- und Einflussmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger – dies sind die Erfolgsfaktoren, die unser Land weitergebracht haben.

Trotz diesen Errungenschaften gerät der Föderalismus in der Schweiz mehr und mehr unter Druck. Ich sehe dabei im Wesentlichen drei Problemkreise, die auch unter dem Aspekt der Wettbewerbsfähigkeit erhöhte Aufmerksamkeit verdienen:

1) Zentralisierung untergräbt Föderalismus

Der Föderalismus gründet auf dem Prinzip der Subsidiarität, d.h. öffentliche Aufgaben sind auf der tiefst-möglichen staatlichen Ebene zu erfüllen. Die Problemlösung vor Ort, z.B. die Schaffung von Rahmenbedingungen, die an die Bedürfnisse der regionalen Wirtschaft angepasst sind, hat - wie die Studie von Feld und Schaltegger zeigt - klare wirtschaftliche Vorteile.

Nun hält jedoch der Trend zur Zentralisierung weiter an. Bei (vermeintlichem) Regulierungsbedarf wird fast schon reflexartig nach einer einheitlichen Lösung gerufen. Dies führt nicht nur zur Verlagerung von Zuständigkeiten an den Bund (über neue Verfassungsbestimmungen), sondern auch zu einer zunehmenden "Überdehnung" bereits bestehender Bundeskompetenzen (z.B. Energiepolitik, Raumplanung). Diese Entwicklung höhlt den Föderalismus mit seiner Vielfalt aus und drängt die Kantone zunehmend in die Rolle von gleichgeschalteten Vollzugsorganen.

2) Steuerungsverlust durch Aufgabenverflechtung

Im Rahmen der NFA-Reform wurde der Föderalismus in der Schweiz grundlegend erneuert. Unter anderem führte eine breite Aufgaben- und Finanzierungsentflechtung dazu, dass Bund und Kantone in ihren jeweiligen Rollen gestärkt wurden. Freie Finanzausgleichsmittel lösen die an Subventionstatbestände geknüpften gebundenen Mittel ab. Neben dem Subsidiaritätsprinzip wurde auch das Prinzip der fiskalischen Äquivalenz - sprich die Einheit von Entscheidung, Finanzierung und Nutzung - in der Verfassung verankert. Letzteres ist eine wichtige Voraussetzung für einen gut funktionierenden Selbstbestimmungsföderalismus, der sich - wie die Studie von Feld und Schaltegger bestätigt - positiv auf den wirtschaftlichen Erfolg der Schweiz auswirkt.

Trotz diesen Bemühungen ist die Tendenz zu neuen Aufgabenverflechtungen ungebrochen. Die Probleme bestehen im Kern weiterhin: Unklare Verantwortlichkeiten führen zu Fehlanreizen, Mengenausweitung und Lastenverschiebungen auf Kosten der anderen Staatsebene. Die betroffenen Politikbereiche sind nur noch schwer steuerbar und die Kosten wachsen teilweise ungebremst in die Höhe (z.B. Ergänzungsleistungen).

3) Lastenverschiebungen gefährden Eigenständigkeit der Kantone

Die Verfassung hält den Bund dazu an, die Eigenständigkeit der Kantone zu wahren. Er hat ihnen ausreichende Finanzierungsquellen zu belassen und dazu beizutragen, dass sie über die

notwendigen finanziellen Mittel zur Erfüllung ihrer Aufgaben verfügen. Wie die Studie von Feld und Schaltegger zeigt, ist eine hohe – und insbesondere auch finanzielle – Eigenständigkeit der Kantone und Gemeinden ein wesentlicher Einflussfaktor für den wirtschaftlichen Erfolg.

Nun hat sich die Verteilung der Lasten zwischen den staatlichen Ebenen in den letzten Jahren zuungunsten der Kantone entwickelt. Seit Einführung der NFA im 2008 beobachten wir – ausserhalb der damals neu zugeteilten Aufgaben – finanzielle Lastenverschiebungen in kostenintensiven Aufgabenbereichen, welche die Kantone teilweise kaum noch stemmen können (z.B. neue Spital- und Pflegefinanzierung). Hinzu kommt die zunehmende Regelungsdichte auf Bundesebene, die für die Kantone mit entsprechend steigendem Umsetzungsaufwand – finanziell und personell – verbunden ist. Dies schränkt den Handlungsspielraum der Kantone in ihren eigenen Aufgabenbereichen ein.

Fazit

Die Studie zum 50-Jahr-Jubiläum der ch Stiftung bietet aus unserer Sicht eine wertvolle Grundlage für eine fundierte Debatte zur zukünftigen Ausrichtung des Schweizerischen Föderalismus. Sie zeigt klar den positiven Einfluss des Föderalismus auf die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz. Zentralisierung, Aufgabenverflechtung und übermässige Lastenverschiebungen auf die Kantone (und Gemeinden) gefährden jedoch unseren Föderalismus. Damit setzen wir nicht nur unser bewährtes Staatssystem, sondern auch unsere hervorragende Stellung im internationalen Standortwettbewerb aufs Spiel.

Die Kantone werden die neu gewonnenen Erkenntnisse in den kommenden Monaten mit dem Bundesrat, den Mitgliedern des Ständerates sowie den Spitzen der Bundesratsparteien diskutieren und in entsprechende Projekte wie z.B. die geplante Überprüfung der Aufgabenteilung Bund – Kantone einbringen. Wenn wir wollen, dass die Schweiz auch in 50 Jahren noch von den Vorteilen des Föderalismus profitiert, braucht es ein breites Engagement aller wichtigen Akteure dieses Landes.